

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs von Bürgermeister Michael Joithe am
09. Dezember 2025 im Rat der Stadt Iserlohn
(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Kämmerer Michael Wojtek und ich legen Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 vor zu dem der Kämmerer im Anschluss, wie gewohnt, detailliert Stellung nehmen wird.

Da der Kämmerer Ihnen die Zahlenwerke sehr klar und eindeutig darlegen wird, werde ich in meiner Haushaltsrede wie immer nur wenige aber prägnante Zahlen aufgreifen.

Erneut ist dies kein leichtes Dokument – und erneut ist es eine Einbringung unter finanziellen Rahmenbedingungen, die wir uns vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können.

Ich möchte heute bewusst weiter ausholen, weil dieser Haushalt weit mehr ist, als eine Aneinanderreihung von Zahlen und Kennziffern.

Er ist Ausdruck einer kommunalen Realität, die uns alle angeht – und die endlich politisch ernst genommen werden muss.

Nicht nur in Iserlohn, nicht nur im Märkischen Kreis, sondern auch in Düsseldorf und Berlin.

Es ist – und das muss man offen sagen – erneut ein Haushalt, der uns in aller Deutlichkeit vor Augen führt, wie dramatisch sich die strukturellen Rahmenbedingungen für Kommunen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, verändert haben.

Wir befinden uns im zweiten Jahr eines Haushaltssicherungskonzeptes. Ein Weg, der uns mindestens ein Jahrzehnt begleiten wird.

Was soll ich Ihnen heute noch Neues sagen, was wir nicht in den letzten Jahren immer wieder gesagt und gehört haben?

Ist es nun fünf vor 12 oder schlägt die Turmuhr bereits?
Oder ist es vielleicht auch schon 5 nach 12?

Ich habe das Gefühl, es ist halb eins...und es interessiert außerhalb der Kommunen niemanden!

Unzählige Schreiben des Städtetags, des Städte- und Gemeindebunds, des Landkreistags und des Bundes der Steuerzahler...einzig in Berlin und Düsseldorf kommt die Nachricht scheinbar nicht an.

Jetzt gibt es im Koalitionsvertrag eine Absichtserklärung, die aber in Gesprächen immer unter Vorbehalt der Finanzierbarkeit steht.

Bis wir hier zu spürbaren Verbesserungen kommen, kann es für viele Kommunen bereits zu spät sein. Nicht wenige gehen inzwischen bewusst in einen Nothaushalt und kapitulieren vor der Aufgabe, die Enden noch irgendwie zusammenzubringen.

Können die Kommunen die Daseinsvorsorge nicht mehr garantieren, verfällt die kommunale Infrastruktur weiter und die sportliche wie kulturelle Grundversorgung wird kaputtgespart, dann verlieren wir nach und nach das Ehrenamt und damit den Kitt unserer Gesellschaft. Dann stehen unsere liberalen Demokratien vor einer Legitimationskrise und die politischen Ränder punkten mit ihren Scheinlösungen!

Das alles zeigt deutlich: **Wir stehen nicht am Ende einer schwierigen Phase – wir stehen mittendrin.**

-

Mit dem Haushalt 2025 ist die Stadt Iserlohn erstmals in ihrer Geschichte in ein verpflichtendes Haushaltssicherungskonzept eingetreten. Lange konnten wir das verhindern.

Aber jetzt ist die Realität klar:

Der Haushalt 2026 verschärft diese Entwicklung weiter – strukturell, dauerhaft und nicht selbstverschuldet.

2026 weist ein Defizit von über **44 Mio. Euro** aus.

Die Folgejahre bleiben ähnlich hoch defizitär – trotz eines globalen Minderaufwands von 10 Mio. Euro jährlich.

Wir erleben derzeit die tiefgreifendste kommunale Finanzkrise seit Jahrzehnten – **und sie ist nicht hausgemacht.**

Es ist deshalb wichtig, an dieser Stelle klarzustellen:

Die finanziellen Probleme der Kommunen sind vor allem ein Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sowie der Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene.

Warum der Haushalt 2026 schlechter ausfällt als 2025 lässt sich an den zentralen Belastungsfaktoren erkennen:

Kreisumlage: Erstmals über 100 Millionen Euro

Es ist ein historischer Einschnitt:

Der Anteil Iserlohns an der Kreisumlage des Märkischen Kreises wird nach aktuellen Berechnungen **erstmals die Marke von 100 Millionen Euro überschreiten.**

Rund ein Viertel unseres gesamten Haushaltsvolumens fließt damit an den Kreis – bevor Iserlohn überhaupt eigene Aufgaben wahrnehmen kann.

Das Defizit der MVG wirkt dabei wie ein kommunalpolitischer Brandbeschleuniger

Die Märkische Verkehrsgesellschaft (MVG) wird in diesem Jahr ein Rekorddefizit von rund **38 Millionen Euro** verzeichnen.

Dieses Defizit schlägt **voll auf die Kreisumlage durch.**

Für Iserlohn bedeutet das:

Allein das Defizit der MVG kostet unsere Stadt fast 10 Millionen Euro!

Und das ist kein Ausreißer, sondern Ausdruck eines politischen Grund-satzproblems:

- Die Mobilitätswende wurde in Berlin beschlossen.
- Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird gefordert.
- Die Standards steigen, die Kosten explodieren.
- Aber die Kommunen bleiben mit den finanziellen Folgen alleine zurück.

Es gibt kaum ein deutlicheres Beispiel für eine **massive Verletzung des Konnexitätsprinzips**. Denn es gilt – jedenfalls theoretisch: **Wer bestellt, bezahlt.**

Doch in der Realität gilt:

Wer bestellt, entlastet sich – und die Kommunen bezahlen.

Die MVG tut, was sie tun muss: Sie erfüllt gesetzliche Vorgaben, die nicht in Iserlohn, nicht im Märkischen Kreis, sondern in Berlin gemacht wurden.

Die Kommunen sind verpflichtet, diese Defizite zu tragen – unabhängig davon, wie hoch sie ausfallen.

Und genau das frisst kommunale Haushalte auf – Jahr für Jahr.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Geschwindigkeit der Digitalisierung in den Kommunen.

Ja, die Digitalisierung unserer Verwaltung schreitet voran.

Ja, wir investieren erhebliche Mittel in moderne Systeme, digitale Verfahren, den internen Umbau, Schulungen und Prozessoptimierung.

Aber:

Es dauert zu lange, bis wir die Früchte dieser Investitionen ernten können.

Warum?

- Weil Bund und Land jahrelang keine klaren Leitplanken gesetzt haben.
- Weil Förderprogramme kurzfristig aufgelegt und ebenso schnell wieder verändert wurden.
- Weil Standards, Schnittstellen und Zuständigkeiten sich permanent verschoben haben.
- Weil Kommunen abhängig sind von wenigen Softwareanbietern, die mit der zeitgleichen Versorgung von über 10.000 Kommunen bundesweit hoffnungslos überfordert sind.
- Weil Kommunen oftmals parallel analog und digital arbeiten müssen – und dadurch doppelte Kosten entstehen.

Digitalisierung soll einmal zur „**digitalen Dividende**“ führen – zu Einsparungen, zu effizienteren Abläufen, zu reduzierten Kosten.

Aber:

Diese digitale Dividende wird heute dringend gebraucht – kommt aber erst in Jahren.

Und das liegt nicht an mangelndem Willen in den Kommunen, sondern an jahrelang inkonsequenten politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene.

Wir holen auf.

Wir arbeiten intensiv daran.

Aber wir dürfen nicht so tun, als könne Digitalisierung kurzfristig ein strukturelles Defizit von über 40 Mio. Euro jährlich kompensieren.

-

Das Ihnen vorliegende Haushaltssicherungskonzept sieht für 2026 **zwei substantielle Steuererhöhungen** vor:

- **Grundsteuer B**
- **Gewerbesteuer**

Diese Erhöhungen sind nicht politisches Wunschdenken, sondern **aufsichtsrechtlich zwingende Konsolidierungsmaßnahmen**.

Wenn wir sie vermeiden wollen – und das ist demokratisch legitim und sozial- und wirtschaftspolitisch vielleicht sogar geboten –, dann braucht es **deckungsgleiche Einsparungen in Millionenhöhe**.

Aber seien wir ehrlich:

- Die freiwilligen Leistungen reichen dafür nicht aus.
- Pflichtleistungen dürfen nicht gestrichen werden.
- Personaleinsparungen sind angesichts steigender Aufgaben und fester Vorgaben nicht realisierbar.
- Der globale Minderaufwand ist schon jetzt eine enorme Herausforderung.

Wer Steuererhöhungen ablehnt, muss daher klar beantworten:

Welche Leistungen sollen dafür entfallen – konkret, dauerhaft und im zweistelligen Millionenbereich?

Kommunen dürfen nicht länger kaputtgespart werden!

Und damit kommen wir zum Kern der politischen Botschaft dieser Haushaltsrede:

Kommunen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn Bund und Land endlich handeln.

Was wir benötigen, sind keine kleinen Reformen, keine kosmetischen Änderungen, Buchhaltertricks und keine neuen Förderanträge.

Wir brauchen eine **tiefgreifende, strukturelle Reform der Kommunalfinanzierung**:

1. Das Konnexitätsprinzip muss vollständig durchgesetzt werden.

Keine Aufgaben übertragen ohne vollständige Finanzierung.

Bereits übertragene Aufgaben nachträglich auskömmlich finanzieren.

Keine Standards setzen ohne Übernahme aller Kosten.

Keine Mobilitätswende auf Kosten der Kommunen.

2. Die Soziallasten müssen neu verteilt werden.

Sie sind der größte Kostenblock – und sie steigen jedes Jahr stärker als die Einnahmen.

3. Die Gewerbesteuer braucht eine Reform, die Stabilität schafft.

Volatilität darf nicht existenzbedrohend sein und die Lebensqualität einer Kommune darf nicht existenziell von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region abhängen.

4. Digitalisierung darf nicht länger durch unklare Zuständigkeiten ausgebremst werden.

Wir brauchen einheitliche Standards und nicht 16+1 föderale Einzellösungen, sondern klare Vorgaben.

5. Wir brauchen eine Aufgabenkritik von oben nach unten

Pflichtaufgaben, die keine kommunalen Ermessensspielräume haben und ausschließlich auf das Prüfen von gesetzlichen Regelungen reduziert sind, müssen auch nicht mehr kommunal erbracht werden. Hier bedarf es bundes- oder landesweiter digitaler Prozesse und eine massive Entlastung der Kommunen.

6. Kommunen müssen handlungsfähig bleiben

Denn ohne kommunale Handlungsfähigkeit gibt es:

- keine finanzierbare Kinderbetreuung,
- keinen ÖPNV,
- keine Kultur,
- keinen Klimaschutz,
- u.v.m.

Und am Ende keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt mehr.

Bund und Land müssen endlich verstehen:

Kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur ein Verfassungsprinzip – sie ist die Grundlage unseres gesamten demokratischen Systems.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist herausfordernd.

Er ist unbequem und schmerzhaft!

Er zwingt uns dazu, Entscheidungen zu treffen, die niemand leichtfertig trifft und treffen will.

Aber wir haben die Kraft, diesen Weg zu gehen.

- Mit Ehrlichkeit.
- Mit Verantwortungsbewusstsein.
- Mit Zusammenhalt.
- Und mit klaren Erwartungen an Bund und Land, endlich ihren Teil zu leisten.

Iserlohn bleibt eine starke Stadt – wenn wir gemeinsam dafür kämpfen, dass kommunale Selbstverwaltung nicht nur ein Verfassungsversprechen ist, sondern Realität bleibt.

Dafür müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen!

Der Kämmerer wird Sie nun noch sehr viel detaillierter durch die Zahlenwerke des Haushaltsplans 2026 inkl. des Haushaltssicherungskonzepts führen, weshalb ich mit Blick auf Uhr und Tagesordnung langsam zu einem Ende kommen werde.

Eine echte Herausforderung bleibt weiterhin die Unterbringung der Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung. Die zurückliegenden Jahre waren geprägt von Unsicherheit und Umzügen.

Eine letzte Abteilung befindet sich noch im Rathaus 1 und auch dieser Umzug ist in Kürze zu erwarten, so dass die Abrissplanungen fortgesetzt werden können.

Auch die gemeinsame Unterbringung des Bereichs Bildung und Betreuung im Stadthaus Dröschede steht unmittelbar bevor, wodurch die Zusammenarbeit dieses großen, neuen Bereichs maßgeblich verbessert wird.

Die zurückliegenden und anstehenden Umzüge forderten und fordern von allen Kolleginnen und Kollegen große Anstrengungen.

Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle erneut bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung noch einmal herzlich bedanken.

Und nun darf ich unserem Kämmerer das Wort übergeben,

Herzlichen Dank!